



18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

**Dringlicher Berichts Antrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend Verletzung der Neutralitätspflicht der Landesregierung durch
Wahlkampfhilfe für die Abgeordneten von CDU und FDP**

Vorbemerkung:

Der am 22. Mai 2013 bekannt gewordene „Abgeordnetenbrief 07/2013“ des Hessischen Finanzministers vom 14. Mai 2013 stellt aus Sicht der Antragsteller einen eklatanten Verstoß gegen die Neutralitätspflicht der Hessischen Landesregierung dar. Diktion und Inhalt des Briefes belegen eindeutig, dass es sich um Wahlkampfhilfe für die Abgeordneten von CDU und FDP handelt, denen dieses Ministerschreiben augenscheinlich exklusiv zugegangen ist. Damit hat nicht nur der Finanzminister in Person gegen seine Neutralitätspflicht verstoßen, sondern es steht damit auch der Verdacht im Raum, dass Bedienstete seines Ministeriums gegen ihre dienstrechtlich gebotene Neutralitätspflicht verstoßen haben oder zu einem solchen Verstoß von der Hausspitze angehalten worden sind.

Die Landesregierung wird ersucht, im Hauptausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche „Abgeordnetenbriefe“, also exklusiv an die Abgeordneten von CDU und FDP gerichteten Schreiben, sind vom Hessischen Finanzminister sowie vom Hessischen Ministerpräsidenten und den anderen hessischen Staatministerinnen oder –ministern oder den jeweiligen Ressorts in der laufenden Wahlperiode erstellt worden?
2. Wann und durch wen ist die Erstellung dieser Dokumente im jeweiligen Fall veranlasst worden?
3. Was war der Inhalt der jeweiligen Dokumente?
4. Ist die Landesregierung bereit, alle entsprechenden Dokumente allen Abgeordneten des Hessischen Landtags zugänglich zu machen?
5. Welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus welchen Abteilungen und Referaten der jeweiligen Ressorts waren jeweils wie lange mit der Erstellung dieser Dokumente befasst?
6. Welche Kosten sind – auf Grundlage der Personalkostentabelle des Landes Hessen – dem Land Hessen dadurch entstanden?

Wiesbaden, 23. Mai 2013/hi

PA I/18.WP/Hauptausschuss/Parl. Ini./Berichtsanhträge/DBA-SPD und Grüne-Neutralitätspflicht

Für die Fraktion der SPD

Der Parlamentarische Geschäftsführer

Günter Rudolph

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir